



**FACT-
SHEET**

Europa

DIE FAKTEN:

Seit Ausbruch der Krise 2008 steigt die Arbeitslosigkeit in Europa kontinuierlich an, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist inakzeptabel hoch. Die Bankenrettungspakete haben die Budgets arg strapaziert, viele Regierungen sahen in Kürzungen in den Sozialsystemen den Ausweg.

Der Ausweg hat sich inzwischen als Sackgasse erwiesen, die Arbeitslosigkeit sinkt nicht, die soziale Lage verschlimmert sich weiterhin. Die Sparpolitik hat in eine Abwärtsspirale geführt, die Wachstum und Beschäftigung abwürgt anstatt anzukurbeln.

WAS ANDERE WOLLEN:

Europa ist ein großer Markt, alles muss dem Wettbewerb untergeordnet werden, die Marktfreiheiten sind wichtiger als die sozialen Grundrechte, schließlich muss die EU im globalen Wettbewerb bestehen, heißt es.

Finanzlobbys und ihre Verbündeten in Regierungen machen immer wieder mobil, um ihre Interessen zu wahren, zum Beispiel torpedieren sie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen Staaten der EU (Stand Herbst 2013).

Einsparungen in den Sozialsystemen und Eingriffe in die Tarifautonomie der Gewerkschaften werden als unumgänglich zur Bewältigung der Krise dargestellt.

DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » Ein neues Wachstums- und Verteilungsmodell statt einseitiger Sparpolitik und neoliberaler Strukturreform.
- » Grundlegende Einbindung der Sozialpartner in die wirtschafts- und sozialpolitische Koordinierung.
- » Aufwertung der EU-Sozial- und ArbeitsministerInnen gegenüber den FinanzministerInnen.

- » Mindestlöhne für alle ArbeitnehmerInnen in allen EU-Ländern; über allgemeingültige KV-Systeme oder per Gesetz, wenn die Gewerkschaften das wollen.
- » Soziale Mindeststandards ohne Ausnahmen für einzelne Länder („Opt-out“).
- » Keine Eingriffe in soziale Grundrechte durch die EU-Institutionen.
- » Vorrang für soziale Grundrechte vor wirtschaftlichen Marktfreiheiten.
- » Keine Eingriffe in bestehende Kollektivverträge der EU-Mitgliedsländer.
- » Unternehmenssteuern mit EU-weiten Mindestsätzen.
- » Investitionen in die Zukunft dürfen nicht unter die strengen EU-Budgetregeln fallen.
- » Jugend- und Beschäftigungsgarantie europaweit umsetzen.
- » Leistungen der Daseinsvorsorge müssen weiterhin von der öffentlichen Hand erbracht werden.
- » Soziale Kriterien (z. B. Kollektivverträge) und ökologische Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.
- » Mehr Kontrolle bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen – gegen Lohn- und Sozialdumping.
- » Straffere Regulierung des Banken- und Finanzsektors: Finanzmärkte müssen wieder der Realwirtschaft dienen.
- » Banken: Einheitliche Aufsicht und demokratische Kontrolle.
- » Solidarisches Sicherheitsnetz für hoch verschuldete EU-Länder.
- » Neue Einnahmen: Finanztransaktionssteuer, Schließung von Steueroasen, Kampf der Steuerhinterziehung, Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften.

WARUM FORDERN WIR DAS?

Der Sparkurs in Europa hat die Lage verschlimmert, nicht verbessert: Hohe Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, soziale Konflikte sind die Folgen dieses Kurses. Europa ist für den ÖGB ein Friedensprojekt, dabei hat der soziale Frieden einen hohen Stellenwert. Und das geht nicht ohne soziale Gerechtigkeit in Europa. Eingriffe in Tarifautonomie oder ein Steuerwettbewerb nach unten sind dafür vollkommen ungeeignet.

Alle Forderungen auf: www.bundeskongress.at